

Beißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinstelle Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 2 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die hochpreisigen Anzeigen, oberhalb der Hauptmannschaft, 2 Pf. im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Teile 1 Pf. — Einzelnummern 1 Pf. — Reklamen 2 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 263

Sonnabend den 11. November 1922

88. Jahrgang

Vertilgung und Sächsisches

Dippoldiswalde. Die am gestrigen Donnerstag stattgefundene Ausgabe der Berechtigungsliste zu der Sonnabend nachmittag 2 Uhr am Häuschen im Wäldchen stattfindende Verlosung der dabei aufbereiteten 60 Raummeter Stöcke ergab, daß sich 247 Personen an der Verlosung beteiligen wollen. Aus besonders vorliegenden Gründen konnten die Stöcke nur in 2-Raummeter-Stößen aufbereitet werden, so daß von den 247 Personen nur 30 ein Los, auf welchem eine Nummer von 2 Metern verzeichnet ist, ziehen können. Es wäre daher zu empfehlen, wenn sich vorher 2 Personen gegenseitig verpflichteten, wenn eine oder die andere Person ein Los mit einer Nummer zieht, den Holzstoß mit dem Partner zu teilen, wenn letzterer eine Niete ziehen sollte, so daß circa 60 Personen mit Holz versehen würden. In der an die Verlosung sich anschließenden Versteigerung kommen 36 Parzellen Stöcke zum Selbstroden in Frage. Diese Versteigerung findet im Schloß statt. An ihr dürfen diejenigen Personen, die durch die Verlosung Holz erhalten, sich nicht beteiligen.

Am Mittwochabend 8 Uhr tagte das erste Mal der Sonderausschuß „Altershilfe“, der, wie sein Name schon besagt, zur Linderung der Not der alten, erwerbsunfähigen Personen ins Leben gerufen worden ist. Außer einigen Damen gehören ihm Vertreter der Lohn- und Gehaltsempfänger, der selbständigen Gewerbetreibenden, der Landwirtschaft und der Industrie, sowie der Stadtverordnetenversammlung an. Bürgermeister Herrmann begrüßte die Erschienenen und dankte ihnen für die Bereitwilligkeit, mitzuwirken, das sorgenvolle Dasein der alten Leute zu erleichtern. Zum Vortrag kam eine Vorlage, die zur Beschaffung von Mitteln eine freiwillige regelmäßige Abgabe von jeder Lohn- und Gehaltsempfänger und entsprechende Opfer in Gestalt von Sachleistungen und Vorkommen von den Gewerbetreibenden und der Landwirtschaft vorsieht. Der Rat und das Stadtverordnetenkollegium haben dieser Anregung und den weiteren Vorschlägen, die Arbeitgeber um Tragung eines Teiles der Gehalts- und Lohnabzüge anzugehen und in den Familien die Sitte einzubürgern, allen Leuten Mittagessen zu verabreichen, zugestimmt. Weiter berichtete der Bürgermeister über die von der Stadt bisher durchgeführten Unterstützungsmaßnahmen für Minderbemittelte und sprach von der Möglichkeit, in der Kochküche der Mädchenfortbildungsschule Mittagessen herzustellen und an Bedürftige kostenlos verabreichen zu lassen. Er hofft, Damen zu finden, die im Bedarfsfalle diese Aufgabe unentgeltlich übernehmen. Alle Anwesenden sicherten lachträchtige Unterstützung zu. Die Vertreter der einzelnen Berufsvereinigungen werden mit ihren Mitgliedern sofort in Tätigkeit treten, während der Vertreter der Unternehmer versprachen, mit den hiesigen Industriellen Rücksprache zu nehmen. Um auch die freien Berufe zu erfassen, wurde vorgeschlagen, regelmäßig in gewissen Zeitabschnitten eine Sammelliste in Umlauf zu setzen. Es wurde beschlossen, die Höhe des Lohn- und Gehaltsabzuges auf 1/2% zu bemessen. Stadtrat Voigt schilderte Not und Elend der Alten. Die Verabreichung von Mittagessen würde wesentlich zur Besserung ihrer Lage beitragen. Sein Antrag, einen entsprechenden Anruf zu erlassen, wurde zum Beschluß erhoben. Nächsten Mittwoch werden die Mitglieder des Ausschusses wieder zusammentreten und nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Besprechungen über die weiteren Schritte beraten. Hoffen wir, daß sie überall Verständnis für die Notlage der Alten und Opferfreudigkeit gefunden haben.

Im Schützenhaus wird morgen Sonnabend die erste Veranstaltung des Kunstvereins Dippoldiswalde in Gestalt eines Pianoforte-Abends des Streitler-Quartetts stattfinden. Das Konzert wird pünktlich 7 1/2 Uhr beginnen und kann späterer Eintritt nur in den Pausen gestattet werden, auch wird jegliche Unterbrechung von Speisen und Getränken während des Konzerts unterbleiben. Eintrittskarten sind außer in Dippoldiswalde auch in der Buchhandlung von Kästner in Schmiedeberg zu haben. — Nach dem Konzert wird Schützenhausbesitzer Börner Tanzgelegenheit bieten.

Am kommenden Sonntag wird der Turnverein Dippoldiswalde (D. T.) wieder einen der gern besuchten öffentlichen Unterhaltungsabende veranstalten. Auch diesmal ist wieder ein ganz hervorragendes Programm zusammengestellt worden, das nicht nur rein turnerische Vorführungen an verschiedenen Geräten bringen wird, sondern das auch Freilübungen, Gruppen- und Tanzaufführungen vorsieht und Kraft, Gewandtheit und Anmut in bestem Einklang zeigen wird. Aus dem Informat in dieser Nummer ist näheres zu erfahren.

Die Schraube wird weiter gedreht. Die Reichspostverwaltung plant bereits zum 1. Januar 1923 eine neue gewaltige Tarifserhöhung um mindestens 100—120%. Auch die Reichsbahn erwägt weitere Tarifserhöhungen.

Die Post nimmt kein Notgeld an. Die Postämter sind vom Reichspostministerium angewiesen worden, Notgeld, insbesondere solches von Banken, die bei vorkommenden Fälligkeiten ihrer Zahlungsmittel der Post keinen Erfolg leisten, nicht in Zahlung zu nehmen. Darunter befinden sich auch die grünen Fünfhundert-Markscheine der Sächsischen Staatsbank.

Dresden. Der Verein der Hotelbesitzer von Dresden und Umgebung hat einstimmig beschlossen, die Dresdner Hotelunternehmungen am 15. Dezember zu schließen und dem gesamten Personal zu kündigen, falls nicht bis dahin die Dresdner Beberbergsteuer herabgesetzt wird.

Die Kartoffelpreisenotierungskommission hat am 6. November den Erzeugerpreis auf 500—550 M. für weiße, rote und gelbliche Kartoffeln festgesetzt.

Der Unglücksfall an der Staatsoper hat noch ein weiteres Todesopfer gefordert.

Die Unterzeichnung des deutsch-tschechischen Vertrages über die Kronenversicherungen der deutschen Lebensversicherungs-gesellschaften in der Tscheco-Slowakei ist am Dienstag durch Ministerialdirektor v. Stokhammern und Legationsrat Dr. Bül in Dresden erfolgt. Auch die geltenden Bestimmungen über den Verkehr mit Hopfen, Gerste und Malz wurden verlängert bzw. ergänzt.

Keine Aufhebung der religionsfeindlichen Verordnungen des Kultusministeriums. Der sächsische Kultusminister läßt durch die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei folgende Meldung verbreiten: Die „Sächsische Volkszeitung“, das in Dresden er-

scheinende Zentrumsblatt berichtete, daß die Fleischerschen Verordnungen aufgehoben seien (die Verordnungen Nr. 155 und 156 des Kultusministeriums). Die Mitteilung ist falsch, die Verordnungen bleiben bestehen. Nur auf die wenigen rein katholischen Schulen, die laut Vereinbarungen des Staates bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes ihren konfessionellen Charakter beibehalten dürfen, sollen die Verordnungen nicht angewendet werden. Im übrigen sind alle Volksschulen in Sachsen nach § 4 des Uebergangsgesetzes nicht christliche oder konfessionelle, sondern Gemeindefachschulen.

Das sächsische Kultusministerium weist darauf hin, daß der Skorbut oder skorbutähnliche Erkrankungen, wie sie aus verschiedenen Teilen des Reiches gemeldet werden, innerhalb des sächsischen Staatsgebietes zwar noch nicht in größerem Umfange beobachtet worden sind, daß aber trotzdem Maßnahmen zur Bekämpfung getroffen werden müssen. Außer den vom Landesgesundheitsamt bereits angeordneten Maßnahmen wird weiter den Schulen anbeimgelassen, im Hausbalkanterricht und bei sonstiger Gelegenheit auf die Gefahren einer unzureichenden Ernährung und auf die Notwendigkeit der Versorgung mit einer vitaminreichen Kost, insbesondere frischen Gemüse und Kartoffeln, hinzuweisen. Insbesondere ist für die Berücksichtigung der Gemüse in der Kostordnung der mit den Schulen verbundenen Speisewirtschaften und bei sonstigen Schulfeiern zu sorgen.

Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik Gebrüder Seck, Dresden. Das abgelaufene Geschäftsjahr hat für die Werkstätten der Gesellschaft eine ausreichende Beschäftigung gebracht. Allein der ins neue Geschäftsjahr übernommene Auftragsbestand beliefert sich auf 259,28 Mill. M. gegen 44 Mill. M. am 30. Juni 1921. Der Rohgewinn abzüglich der Unkosten einschließlich der Zins-einnahmen in Höhe von 1,5 Mill. M. hat sich von 9,91 Mill. M. auf 19,49 Mill. M. erhöht. Davon betragen Steuern und Versicherungen 1,12 (2,9) Mill. M. und nach Abschreibung von 1,9 (1,7) Mill. M. verbleibt ein Reingewinn einschließlich Vortrag in Höhe von 14,27 (5,94) Mill. M., aus dem 40 (30) % Dividende verteilt werden sollen. — In der Bilanz stehen die Gesamtanlagen mit 6,83 Mill. M. gegen 4,45 Mill. M. zu Buche. Davon entfallen auf Maschinen 400,902 Mill. M. und auf Betriebs-einrichtungen 550,018 Mill. M., während dieselben Kosten in der Vorjahresbilanz mit 10,033 bez. 280,116 M. eingesetzt waren. Demgegenüber betragen die Anhangskonten einschließlich Bankguthaben 70,99 Mill. M. gegenüber 47,14 Mill. M. Davon entfallen auf Lieferungen 36,23 Mill. M. gegen 7,26 Mill. M. und die Vorräte an Rohstoffen und Fabrikanlagen haben sich von 11,83 Mill. M. auf 123,71 Mill. M. erhöht, während die Schulden mit 159,42 Mill. M. gegen 38,49 Mill. M. ausgewiesen werden. — Die Erhöhung des Kapitals um 20 Mill. M. auf 40 Mill. M. ist inzwischen durchgeführt worden. Ueber das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres ist die Hauptversammlung am 13. November in Dresden (statt) läßt sich im Augenblick nichts voraussetzen.

Radeberg. Die Landwirte der Umgebung haben beschlossen, dem Stadtrat Speisekartoffeln zur Verteilung an Minderbemittelte unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und zwar mindestens 2 Zentner je Hektar.

Radeberg. Ein kleiner Junge der hiesigen Knabenschule, der als Katholik am Allerheiligentage die Schule verstoßen hatte, wurde mit 5 Stunden Nachhülfe bestraft. Dem kleinen Bekennner wird diese Strafe dauernd im Gedächtnis bleiben.

Meißen. Eine rohe Tierquälerei hat der Fleischergeselle W. von hier verübt. Er hatte einer im Stalle des Schlachthofes eingestellten Kuh die Schwanzquaste mit einigen Knorpelwürbeln des Schwanzes abgeknippt. Beim Vorwärtsschieben des Knorpelwürbels hat W. eine Arterie durchschnitten, wodurch eine starke Blutung verursacht worden war, so daß das Tier, das vor Schmerzen sehr unruhig geworden war, sofort abgeschlachtet werden mußte. Die Schwanzquaste hat W. veräußern wollen.

Hauswalde. Am Sonntag vormittag fand man die Witwe Pauline Körner in ihrer Wohnung erhängt vor. Man glaubt jedoch nicht an einen Selbstmord, verschiedene aufgefundene Mutspuren deuten auf einen Mord hin.

Wurzen. In der Sonntagsnacht brannte, vermutlich infolge Brandstiftung, eine mit Getreide überfüllte Scheune des Rittergutes Rödnitz bei Wurzen nieder. Die Scheune barg die Ernte von über 110 Metern. Der Schaden wird auf mindestens 25 Mill. Mark geschätzt.

Leipzig. Aus der katholischen Kirche in Leipzig-Lindenau sind durch Einbruch mehrere Leuchter, Tische, Decken und acht starke lange Kerzen gestohlen worden. Die Kirche erleidet einen empfindlichen Schaden.

Königsbrunn. In Wittichenau fatten die Einbrecher der katholischen Pfarrkirche einen nächtlichen Besuch ab. Sie stahlen zwei kleine silberne Kochlöffel. Die geplante Verabreichung des neuen Tabernakels auf dem Hochaltar mit seinen wertvollen Reliquien, Monstranzen und dergleichen schlug fehl, da das Schloß widerstandsfähig war. Die Einbrecher begaben sich hierauf nach dem Bahnhof und beraubten die Stationskasse um 14 000 M.

Sitzung des Bezirksausschusses zu Dippoldiswalde

Die Tagesordnung der am 8. November unter dem Vorsitz des Amtshauptmanns v. d. Planitz im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft stattgefundenen Sitzung des Bezirksausschusses umfaßte insgesamt 30 Punkte. Der Vorsitzende begrüßte die bis auf Stadtrat Raacke-Altenberg, der infolge dienstlicher Behinderung entschuldigt fehlte, erschienenen Mitglieder und nahm Gelegenheit, dem bisherigen Vorsitzenden des Bezirksausschusses, Verwaltungsinспектор Porstner, für seine langjährige gewissenhafte Tätigkeit auch an dieser Stelle bestens zu danken und dabei der Gewißheit Ausdruck zu geben, daß es auch seinem Nachfolger, Oberregierungsrat Schumann, gelingen werde, in gleicher Weise die volle Zufriedenheit des Bezirksausschusses zu erlangen. Nach Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende zwei neuerliche Ministerialverordnungen, wonach Bezirksausschussmitglieder, die nach § 14 Abs. 3 des Org.-Ges. vom 21. 4. 73 an sich in den Jahren 1922 und 1923 ausscheiden müßten, bis auf Weiteres, längstens aber bis Ende 1923, im Amte zu

bleiben hätten, und wonach die Entschädigung der Bezirksausschussmitglieder für die Teilnahme an den Sitzungen eine zeitweise Neuregelung erfahren habe, sowie weiter bekannt, daß die staatliche Kraftwagenverwaltung, veranlaßt durch die Zeitverhältnisse, leider zur vorübergehenden Einstellung des Verkehrs auf sämtlichen Linien des Bezirks gezwungen gewesen sei. Nachträglich zugestimmt wurde der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 19. Oktober 1922 über die auf die Steigerung der Getreidepreise und der Mehl- und Backmehle zurückzuführende Erhöhung des Mehl- und Brotpreises. Ferner erteilte man Zustimmung zum Ankauf eines Wertpapiers anstelle eines ausgelassen aus dem Stammvermögen des Bezirks, sowie zur Renovation der Gebäude der Gemeindevorstände zu Piffersdorf, Breitenau, Färstenaue und Hermsdorf b. Dippoldiswalde und genehmigte die Nachträge zur Gemeindesteuerordnung für Niederpöbel und Sadisdorf (Zuschlag zur Grundsteuer), Rebsfeld-Jaunhaus (Grundsteuer) und Reichsdorf (Zuschlagsteuer). Genehmigung fand auch der 3. Nachtrag zum Ortsgesetz über die Unterfertigung der in den Ruhestand versetzten Bezirksbeamten in Färstenaue, betr. den Mindestlohn der Ruhestandsunterfertigung, sowie der von der Amtshauptmannschaft aufgestellte Nachtrag zu den Bestimmungen über das Meldewesen vom 26. Mai 1922, der sich zufolge der vom Ministerium des Innern angeordneten Verbindung der polizeilichen und steuerlichen An- und Abmeldung erforderlich macht. Dabei wurde aus der Mitte des Bezirksausschusses erwählt, daß die Ortsbehörden nicht immer der nach den Ortsschulordnungen ihnen obliegenden Verpflichtung zur Benachrichtigung der Schulleiter vom Zugang von Fortbildungsschülern nachkommen, was schon mehrfach zu Mißbehörden wegen des nachbleibenden Schulbesuchs geführt habe. Es soll deshalb erneut auf jene Obliegenheit hingewiesen werden. Hinsichtlich des vom Stadtgemeinderat zu Glaschitz eingereichten Nachtrags zum Befoldungsplan für die städtischen Beamten beschloß man die ausnahmsweise Regelung der Angelegenheit gemäß den Beschlüssen des Stadtgemeinderats bei der Oberbehörde zu befürworten. Der Bezirksausschuß nahm dann noch Kenntnis von einem Bericht über den Verkauf des Gasthofs zu Dönschten an das Jugendamt der Stadt Chemnitz zwecks Einrichtung eines Kinderheims, insbesondere auch über die Rechtslage. Die Amtshauptmannschaft hat darnach die Interessen der Gemeinde Dönschten nachdrücklich vertreten und auch weitgehende Jugendstände des genannten Jugendamtes erreicht. Die Gesuche des Vereins „Kruppelhilfe“ Dresden und des Deutschen Vereins gegen den Alkoholismus, Landesverband Sachsen, um Erhöhung der ihnen aus Bezirksmitteln gewährten jährlichen Beihilfen fanden allenthalben Berücksichtigung, während die Gesuche einer größeren Anzahl Gemeinden des Bezirks um außerordentliche Wegebaubehilfen aus Staatsmitteln befürwortend an die Kreisbauernschaft einberichtet werden sollen. Die Gesuche des Stadtmachers Kaiser-Sende um Erlaubnis zur Ausübung des Gasthofs-Rechts im bisherigen Umfange im unteren Gasthofe zu Sendeburg und des Landwirts Prause-Oberpöbel (Schönfeld) um Erlaubnis zum Schankbetrieb (Realrecht), Beberbergen und Krippenleben, ebenfalls im bisherigen Umfange, in der Brauerei Oberpöbel, ferner das erneute Gesuch des Händlers Eißler-Wärenfels um Erlaubnis zum Kleinhandel mit Branntwein in verkehrten und versiegelten Flaschen (Rekonkessionierung) wurden bemittelt, das letztere indes mit der Maßgabe, daß eine etwaige spätere Erweiterung der KonzeSSION ausgeschlossen bleiben soll. Der hiesige Stadtrat bedarf zu einer Ausnahmewilligung, die sich infolge der Erhöhung der mit der Vergütungssteuerordnung für den Bezirk in Widerspruch stehenden besonderen Armenkassen-Abgaben von Langvergnügungen und dergleichen erforderlich macht, der Zustimmung des Bezirksausschusses, die ausgesprochen wurde. Einem weiteren Antrage des Stadtrats zu Dippoldiswalde auf Erhöhung der jetzigen, mit der Geldwertung nicht mehr in Einklang stehenden Kartensteuer für Langvergnügungen usw. soll näher getreten und weiter ein Nachtrag zur Bezirks-Vergütungssteuer-Ordnung des Inhalts, daß der Bezirksausschuß zur jeweiligen Erhöhung bzw. Ermäßigung der festgesetzten Steuerhöhen innerhalb der gesetzlich zulässigen Grenzen selbst befugt sein soll. Gemäß § 37, 3 des Enteignungsgesetzes vom 24. 6. 02 wurden die bisherigen Sachverständigen in Enteignungssachen auf 1923 wiedergewählt. Eine weitere Wahl von Sachverständigen machte sich für die Zwecke der Konnenbekämpfung erforderlich. Sie erfolgte nach den Vorschlägen der Amtshauptmannschaft. Schließlich befaßte sich der Bezirksausschuß noch mit einigen das Weistift betreffenden Personalangelegenheiten, gab dem Gesuche eines ehemaligen Bezirksbeamten um Erhöhung seiner Ruhestandsunterfertigung statt und erhöhte den Verpflegssatz beim hiesigen Weistift in Anbetracht der fortdauernden Preissteigerung ab 1. 11. 22 auf 60 M. pro Tag, wobei indes den Ortsarmenverbänden des Bezirks auf Ansuchen eine Ermäßigung bis auf 20 M. und darunter zugestanden werden soll, sobald sich bei den gegenwärtigen Leuerungsverhältnissen trotz der geringen Verpflegserhöhung für Gemeinden usw. kaum eine günstigere Gelegenheit zur Unterbringung pflegebedürftiger Personen bieten dürfte.

Französische Phantastereien.

Eine Rede Louchours.

Der frühere französische Minister Louchour hat in der Pariser Kammer eine große Rede über die Reparationsfrage gehalten, in der er geradezu phantastische Sanierungspläne für den Wiederaufbau Deutschlands und Europas darlegte.

Louchour wies zunächst darauf hin, daß Deutschland insgesamt bis jetzt 9 Milliarden Goldfranken bezahlt habe. Weiter könne es nicht gehen, höchstens nur in Form von Rohmaterialien und Arbeitsleistungen. Louchour erklärte weiter, daß Deutschland sofort für bankrott erklärt werden müsse, um auf diese Weise die deutschen Finanzen einer Gesundung entgegenzuführen. Heute an eine Festigung der Mark zu denken, sei ein Undina, denn